



Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Stefan Grob  
Monbijouplatz 11  
10178 Berlin  
Telefon: 030 – 29 77 27 20  
Telefax: 030 – 29 77 27 99  
E-Mail: [Stefan.Grob@studentenwerke.de](mailto:Stefan.Grob@studentenwerke.de)  
Internet: [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

# Pressemitteilung

## Studentenwerke: Hochschulrahmengesetz erhalten, Studiengebühren abschaffen

- **Studentenwerke formulieren Forderungen an die neue Bundesregierung**
- **Ziel: Anteil von Studierenden aus Nicht-Akademiker-Familien bis 2020 verdoppeln**
- **Mehr Stipendien nach sozialen Kriterien, Kindergeld wieder bis 27**
- **Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks: „Bildungsrepublik ist Deutschland dann, wenn sein Bildungssystem endlich sozial durchlässig wird“**

Dresden/Berlin, 3. Dezember 2009. Die im Deutschen Studentenwerk (DSW) organisierten 58 Studentenwerke haben auf ihrer Jahresversammlung in Dresden hochschulpolitische Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert. Das deutsche Hochschulsystem soll endlich sozial geöffnet, und der Anteil von Studierenden aus Nicht-Akademiker-Familien bis zum Jahr 2020 mindestens verdoppelt werden. Derzeit studierenden von 100 Kindern aus Akademiker-Familien 83, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition aber nur 23.

In einer Grundsatzrede sagte DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat: „Eine Politik, die die besten Hochschulen will, muss eine Politik der Inklusion, eine Politik der sozialen Öffnung und sozialen Verantwortung sein. Wer die Bildungsrepublik will, muss die Hochschulen sozial öffnen. Das deutsche Hochschulsystem ist immer noch selektiv wie kaum ein anderes in der Welt.“

Die rund 150 Studentenwerks-Delegierten halten es für falsch, das Hochschulrahmengesetz abzuschaffen, wie es die Bundesregierung tun will. Der Bund müsse auch künftig die Verantwortung für Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse wahrnehmen, heißt es in einer Resolution. Das Hochschulrahmengesetz sichere „ein Grundmaß an Chancengleichheit sowie Transparenz und Verbindlichkeit bei den Abschlüssen.“

Das von der Bundesregierung geplante nationale Stipendiensystem begrüßen die Studentenwerke zwar grundsätzlich. Aber die Stipendien sollten nicht allein nach der Begabung, sondern auch nach sozialen Kriterien vergeben werden.

Das Kindergeld müsse, so eine weitere Forderung, wieder bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden; derzeit gibt es Kindergeld nur bis 25. Laut Statistischem Bundesamt waren Hochschulabsolventinnen und –absolventen im Jahr 2007 aber 27,6 Jahre alt, führen die Studentenwerke zur Begründung an.

In Dresden erteilten die Verwaltungsratsvorsitzenden der Studentenwerke, darunter auch zahlreiche Studierende, sowie die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer Studiengebühren eine erneute Abfuhr und wiederholten ihre Forderung, die Gebühren abzuschaffen.